

## Protokoll 82. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 17. Januar 2024, 17.00 Uhr bis 22.04 Uhr, im Rathaus Hard  
in Zürich-Aussersihl

---

Vorsitz: Präsidentin Sofia Karakostas (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 116 Mitglieder

Abwesend: Fanny de Weck (SP), Christine Huber (GLP), Guy Krayenbühl (GLP), Maleica Landolt (GLP), Albert Leiser (FDP), Yves Peier (SVP), Matthias Renggli (SP), Michael Schmid (AL), Martina Zürcher (FDP)

---

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |          |        |  |     |
|----|----------|--------|--|-----|
| 1. |          |        | Mitteilungen   |     |
| 2. | 2023/284 | *<br>E | Postulat von Severin Meier (SP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 07.06.2023:<br>Nutzung des leerstehenden Bunkers K85 am Hirschengraben für kulturelle Zwecke   | STP |
| 3. | 2023/589 | *<br>E | Postulat von Jürg Rauser (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 13.12.2023:<br>Förderung und Privilegierung des Bauens im Bestand gegenüber Neubauten  | VHB |
| 4. | 2023/596 | *      | Motion der GLP-, SP- und AL-Fraktion vom 20.12.2023:<br>Ausrichtung einer angemessenen Vergütung für künstlerische Arbeiten an die Kulturinstitutionen mit einer vierjährigen Beitragsperiode, die in die Kulturleitbildperiode 2024–2027 fallen   | -   |
| 5. | 2021/221 |        | Weisung vom 15.11.2023:<br>Motion von Dr. Balz Bürgisser und Urs Riklin betreffend Ausbau der Infrastruktur für den Fuss- und Veloverkehr im Einzugsgebiet der geplanten Schulanlage Tüffenwies, Antrag auf Fristverlängerung  | VTE |
| 6. | 2023/238 |        | Weisung vom 24.05.2023:<br>Motion von Hans Jörg Käppeli, Dr. Ann-Catherine Nabholz und 6 Mitunterzeichnende betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers, Bericht und Abschreibung | VTE |

7.	2023/359		Weisung vom 12.07.2023: Tiefbauamt, Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse, Kunst-, Kanal-, Werkleitungs- und Strassenbau, neue einmalige Ausgaben; Bericht und Abschreibung einer Motion	VTE
8.	2023/59		Weisung vom 08.02.2023: Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen, Bericht und Abschreibung	VIB
9.	2023/19	A/P	Motion von Dominik Waser (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 18.01.2023: Verordnung zur Umsetzung von Netto-Null bei ewz bis 2035	VIB
10.	2023/41	A/P	Motion von Jürg Rauser (Grüne), Matthias Probst (Grüne) und 16 Mitunterzeichnenden vom 01.02.2023: Vorlage planungsrechtlicher Massnahmen zur Bezeichnung geeigneter Standorte für Wärmespeicher oder andere Energieanlagen zur fossilfreien Spitzenlastdeckung der Wärmenetze, vorgängige Potenzialabklärung über die Dimension und Vorantreiben bereits bestehender Projekte	VIB
11.	2023/91	E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ivo Bieri (SP) vom 01.03.2023: UCI-Rad- und Para-Cycling-Strassen-WM Zürich 2024, Bereitstellung eines ausreichenden Angebots für den öffentlichen Verkehr	VIB
12.	2023/198	E/A	Postulat von Severin Meier (SP), Anna Graff (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 12.04.2023: Angebot eines bedürfnisorientierten Nachtnetzes in der Stadt unter der Woche	VIB
13.	2023/124	A	Postulat von Jean-Marc Jung (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 15.03.2023: Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ), direkte Verbindung zwischen dem Hauptgebäude und dem Grossgebäude FORUM UZH	VTE
14.	2023/145	E/A	Postulat von Rahel Habegger (SP), Brigitte Fürer (Grüne) und 20 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023: Einberufung einer Fokusgruppe «Stadtienen» im Rahmen der Biodiversitätsstrategie	VTE
15.	2023/147	E/T	Postulat von Dr. Frank Rühli (FDP), Michele Romagnolo (SVP) und 38 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023: Verbesserung der Parkplatzsituation in Schwamendingen für Personen mit eingeschränkter Mobilität und Schaffung von Kurzzeitparkplätzen für die Allgemeinheit	VTE

16. 2023/166 E/A Postulat von Jehuda Spielman (FDP), Mélissa Dufournet (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 29.03.2023: Vereinigung des Aegerten-Spielplatzes mit dem Park an der Erlachstrasse/Weststrasse/Werdstrasse unter Aufhebung des trennenden Zwischenstücks der Aegertenstrasse VTE

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 2725. 2024/13

#### **Erklärung der AL-Fraktion vom 17.01.2024: Praktikable Grundlage für die Umsetzung der neuen Verordnung über die Umsetzung von § 49b Planungs- und Baugesetz (UmV § 49b PBG)**

Namens der AL-Fraktion verliest Dr. David Garcia Nuñez (AL) folgende Fraktionserklärung:

Nach der emotionalen Wohnpolitik-Debatte:  
Die 49b-Vorlage braucht einen Reset

Fortschritte in der Wohnpolitik in der Stadt Zürich basieren auf unaufgeregten Diskussionen des Gemeinderats und klaren Volksentscheiden. Der wohnpolitische Grundsatzartikel, die neuen Finanzkompetenzen des Stadtrats für den Kauf von Liegenschaften und die Einrichtung eines Wohnraumfonds sind Paradebeispiele dafür, wie die Politik in diesem Rat die Lebenssituation aller Menschen, aber insbesondere derjenigen mit kleinem Portemonnaie, verbessern kann.

Was wir letzten Mittwoch erlebten, stellt einen Bruch mit dieser bisherigen, fruchtbaren Dynamik dar. Bei der Klärung der Frage, wie die auf der Basis des neuen Artikels 49b des Planungs- und Baugesetzes in der Stadt Zürich entstehenden Wohnungen zu bewirtschaften sind, ist der Gemeinderat von seinem Erfolgspfad abgewichen. Es war eine äusserst emotionale, polarisierende und teilweise unverständliche Debatte. Nicht einmal die neuen Regeln für die Vermietung städtischer Wohnungen führten zu derart grossem Zoff.

Die Gründe für diese parlamentarische Entgleisung sind verschieden und die AL-Fraktion hat sie im Verlauf dieser Woche eingehend analysiert. Wir müssen anerkennen, dass auch wir letzte Woche nicht unsere beste politische Performance geleistet und der polemischen Rhetorik von bürgerlicher und linker Seite zu wenig Gegensteuer gesetzt haben.

Diese ratsinternen Analysen interessieren die Bevölkerung nicht. Entscheidend für die meisten ist, dass der Gemeinderat weiterhin in der Pflicht steht, eine praktikable Grundlage für die Umsetzung des neuen raumplanerischen Instruments zu verabschieden. Das sind wir den Zürcher:innen schuldig, die im September 2014 mit 72,4 Prozent der Stimmen der Änderung des Planungs- und Baugesetzes zugestimmt haben. Wir brauchen in dieser Sache einen Reset.

Darum hat die AL an ihrer heutigen Fraktionssitzung entschieden, der Vorlage in der am letzten Mittwoch beschlossenen Form die Zustimmung zu verweigern. Wir tun dies in der Hoffnung, dass die anderen Fraktionen unserem Antrag, die 49b-Weisung zurück in die zuständige Kommission zu überweisen, zustimmen. Da sollte es möglich sein, die verschiedenen Stakeholder\*innen, wie Genossenschaften, Mieter:innen- und Hauseigentümer:innenverbände an einem runden Tisch zu versammeln. Die AL-Fraktion ist davon überzeugt, dass auf dieser Basis ein Konsens gefunden werden kann, der im Rat und in der Bevölkerung grosse Akzeptanz finden wird.

Diese Stadt braucht dringend breit abgestützte wohnpolitische Lösungen. Auf überhitzte Rechtslinks-Konfrontationen mit der darauffolgenden Schockstarre kann die Bevölkerung verzichten.

## G e s c h ä f t e

### 2726. 2023/284

#### **Postulat von Severin Meier (SP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 07.06.2023: Nutzung des leerstehenden Bunkers K85 am Hirschengraben für kulturelle Zwecke**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

### 2727. 2023/589

#### **Postulat von Jürg Rauser (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 13.12.2023: Förderung und Privilegierung des Bauens im Bestand gegenüber Neubauten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Samuel Balsiger (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

### 2728. 2023/596

#### **Motion der GLP-, SP- und AL-Fraktion vom 20.12.2023: Ausrichtung einer angemessenen Vergütung für künstlerische Arbeiten an die Kulturinstitutionen mit einer vierjährigen Beitragsperiode, die in die Kulturleitbild- periode 2024–2027 fallen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 10. Januar 2024 (vergleiche Beschluss-Nr. 2686/2024)

Die Dringlicherklärung wird von 81 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**2729. 2021/221****Weisung vom 15.11.2023:****Motion von Dr. Balz Bürgisser und Urs Riklin betreffend Ausbau der Infrastruktur für den Fuss- und Veloverkehr im Einzugsgebiet der geplanten Schulanlage Tüffenwies, Antrag auf Fristverlängerung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2021/221.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 100 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 16. März 2022 überwiesenen Motion, GR Nr. 2021/221 von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) betreffend Ausbau der Infrastruktur für den Fuss- und Veloverkehr im Einzugsgebiet der geplanten Schulanlage Tüffenwies, wird um weitere 12 Monate bis zum 16. März 2025 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

**2730. 2023/238****Weisung vom 24.05.2023:****Motion von Hans Jörg Käppeli, Dr. Ann-Catherine Nabholz und 6 Mitunterzeichnenden betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion GR Nr. 2019/128 von Hans Jörg Käppeli (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 3. April 2019 betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers wird abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Carla Reinhard (GLP)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

### Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Carla Reinhard (GLP); Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)  
 Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium  
 Enthaltung: Andreas Egli (FDP), Präsidium; Claudio Zihlmann (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Carla Reinhard (GLP); Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)  
 Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium  
 Enthaltung: Andreas Egli (FDP), Präsidium; Claudio Zihlmann (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Carla Reinhard (GLP); Andreas Egli (FDP), Präsidium; Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers wird Kenntnis genommen.

- Die Motion GR Nr. 2019/128 von Hans Jörg Käppeli (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 3. April 2019 betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Januar 2024

## 2731. 2023/359

**Weisung vom 12.07.2023:**

**Tiefbauamt, Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse, Kunst-, Kanal-, Werkleitungs- und Strassenbau, neue einmalige Ausgaben; Bericht und Abschreibung einer Motion**

Antrag des Stadtrats

- Für die Kunstbauten, den Kanal-, Werkleitungs- und Strassenbau und die damit zusammenhängende archäologische Baubegleitung und die Markierungen und Signalisationen im Projekt Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse mit Zufahrtsrampe und Zugängen zum Haus zum Falken, werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 15 704 000.– bewilligt (Preisbasis: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).
- Die neuen einmaligen Ausgaben für das Projekt Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse mit Zufahrtsrampe und Zugängen zum Haus zum Falken, stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Plangenehmigung bzw. der rechtskräftigen Projektfestsetzung. Die neuen einmaligen Ausgaben für die Begegnungszone stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Verkehrsvorschriften.

Unter Ausschluss des Referendums:

- Der Bericht zur Motion GR Nr. 2021/474 von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Projektierung eines direkten Zugangs von der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse in das zweite Untergeschoss der Veloabstellanlage im Haus zum Falken wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- Die Motion GR Nr. 2021/474 von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Projektierung eines direkten Zugangs von der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse in das zweite Untergeschoss der Veloabstellanlage im Haus zum Falken wird abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Markus Knauss (Grüne)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

- Für die Kunstbauten, den Kanal-, Werkleitungs- und Strassenbau und die damit zusammenhängende archäologische Baubegleitung und die Markierungen und Signalisationen im Projekt Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebach-

strasse mit Zufahrtsrampe und Zugängen zum Haus zum Falken, werden neue einmalige Ausgaben von ~~Fr. 15 704 000.–~~ Fr. 17 846 000.– bewilligt (einschliesslich 20 Prozent Reserven, Preisbasis: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne); Andreas Egli (FDP), Präsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)  
Minderheit: Referat: Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Derek Richter (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Der Bericht zur Motion GR Nr. 2021/474 von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Projektierung eines direkten Zugangs von der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse in das zweite Untergeschoss der Veloabstellanlage im Haus zum Falken wird ~~zustimmend~~ zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne); Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP)  
Minderheit: Referat: Andreas Egli (FDP), Präsidium; Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Derek Richter (SVP), Claudio Zihlmann (FDP)  
Enthaltung: Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne); Andreas Egli (FDP), Präsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)  
Minderheit: Referat: Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Derek Richter (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



## Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Referat: Markus Knauss (Grüne); Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP)
Minderheit:	Referat: Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Präsidium; Derek Richter (SVP), Claudio Zihlmann (FDP)
Enthaltung:	Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung:	Referat: Markus Knauss (Grüne); Andreas Egli (FDP), Präsidium; Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)
-------------	--

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Kunstbauten, den Kanal-, Werkleitungs- und Strassenbau und die damit zusammenhängende archäologische Baubegleitung und die Markierungen und Signalisationen im Projekt Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse mit Zufahrtsrampe und Zugängen zum Haus zum Falken, werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 17 846 000.– bewilligt (einschliesslich 20 Prozent Reserven, Preisbasis: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).
2. Die neuen einmaligen Ausgaben für das Projekt Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse mit Zufahrtsrampe und Zugängen zum Haus zum Falken, stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Plangenehmigung bzw. der rechtskräftigen Projektfestsetzung. Die neuen einmaligen Ausgaben für die Begegnungszone stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Verkehrsvorschriften.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Der Bericht zur Motion GR Nr. 2021/474 von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Projektierung eines direkten Zugangs von der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse in das zweite Untergeschoss der Veloabstellanlage im Haus zum Falken wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

4. Die Motion GR Nr. 2021/474 von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Projektierung eines direkten Zugangs von der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse in das zweite Untergeschoss der Veloabstellanlage im Haus zum Falken wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Januar 2024 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 25. März 2024)

## 2732. 2023/59

**Weisung vom 08.02.2023:**

**Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

1. Vom Bericht «Photovoltaik-Zubau in der Stadt Zürich» vom 31. Januar 2023 wird Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2019/212, der SP-, Grünen-, GLP-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Johann Widmer (SVP), Präsidium

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht «Photovoltaik Zubau in der Stadt Zürich» vom 31. Januar 2023 wird ablehnend Kenntnis genommen.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Referat: Dominik Waser (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Dr. Davy Graf (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP)
Minderheit:	Referat: Benedikt Gerth (Die Mitte); Johann Widmer (SVP), Präsidium; Sebastian Vogel (FDP)
Enthaltung:	Andreas Kirstein (AL)
Abwesend:	Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Referat: Dominik Waser (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Dr. Davy Graf (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Maleica Landolt (GLP), i. V. von Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP)
Minderheit:	Referat: Benedikt Gerth (Die Mitte); Johann Widmer (SVP), Präsidium; Sebastian Vogel (FDP)
Enthaltung:	Andreas Kirstein (AL)
Abwesend:	Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung:	Referat: Dominik Waser (Grüne); Johann Widmer (SVP), Präsidium; Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Dr. Davy Graf (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Abwesend:	Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums

1. Vom Bericht «Photovoltaik-Zubau in der Stadt Zürich» vom 31. Januar 2023 wird ablehnend Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2019/212, der SP-, Grünen-, GLP-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Januar 2024

## 2733. 2023/19

### **Motion von Dominik Waser (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 18.01.2023: Verordnung zur Umsetzung von Netto-Null bei ewz bis 2035**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dominik Waser (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1275/2023).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Dr. Florian Blättler (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Weisung für eine verbindliche Strategie und deren Finanzierung~~verbindliche Strategie in Form einer neuen Verordnung~~ vorzulegen, die aufzeigt, wie das EWZ ihre gesamten Geschäftstätigkeiten - auch ausserhalb des Stadtgebietes - bis 2035 auf Netto Null reduzieren wird. Dabei soll ein verbindlicher Plan zur Emissionsreduktion vorgelegt werden.

Dominik Waser (Grüne) ist mit der Textänderung sowie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Johann Widmer (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das geänderte Postulat GR Nr. 2024/14 (statt Motion GR Nr. 2023/19, Umwandlung) wird mit 81 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

#### **2734. 2023/41**

**Motion von Jürg Rauser (Grüne), Matthias Probst (Grüne) und 16 Mitunterzeichnenden vom 01.02.2023:**

**Vorlage planungsrechtlicher Massnahmen zur Bezeichnung geeigneter Standorte für Wärmespeicher oder andere Energieanlagen zur fossilfreien Spitzenlastdeckung der Wärmenetze, vorgängige Potenzialabklärung über die Dimension und Vortreiben bereits bestehender Projekte**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Matthias Probst (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1342/2023).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Matthias Probst (Grüne) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 91 gegen 13 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2735. 2023/91****Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ivo Bieri (SP) vom 01.03.2023:  
UCI-Rad- und Para-Cycling-Strassen-WM Zürich 2024, Bereitstellung eines  
ausreichenden Angebots für den öffentlichen Verkehr**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1438/2023).

Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. März 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 98 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2736. 2023/198****Postulat von Severin Meier (SP), Anna Graff (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom  
12.04.2023:  
Angebot eines bedürfnisorientierten Nachtnetzes in der Stadt unter der Woche**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Meier (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1702/2023).

Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 24. Mai 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 97 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2737. 2023/124****Postulat von Jean-Marc Jung (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 15.03.2023:  
Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ), direkte Verbindung zwischen dem  
Hauptgebäude und dem Grossgebäude FORUM UZH**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Jean-Marc Jung (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1535/2023).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 22 gegen 90 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2738. 2023/145**

**Postulat von Rahel Habegger (SP), Brigitte Fürer (Grüne) und 20 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023:**

**Einberufung einer Fokusgruppe «Stadtbienen» im Rahmen der Biodiversitätsstrategie**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Rahel Habegger (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1578/2023).

Walter Anken (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 81 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2739. 2023/147**

**Postulat von Dr. Frank Rühli (FDP), Michele Romagnolo (SVP) und 38 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023:**

**Verbesserung der Parkplatzsituation in Schwamendingen für Personen mit eingeschränkter Mobilität und Schaffung von Kurzzeitparkplätzen für die Allgemeinheit**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michele Romagnolo (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1580/2023).

Felix Moser (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 5. April 2023 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Parkplatzsituation in Schwamendingen für Personen mit eingeschränkter Mobilität verbessert werden kann und für die Allgemeinheit «Kurzzeitparkplätze» geschaffen werden können.

Dr. Frank Rühli (FDP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 42 gegen 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2740. 2023/166**

**Postulat von Jehuda Spielman (FDP), Mélissa Dufournet (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 29.03.2023:**

**Vereinigung des Aegerten-Spielplatzes mit dem Park an der Erlachstrasse/ Weststrasse/Werdstrasse unter Aufhebung des trennenden Zwischenstücks der Aegertenstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Jehuda Spielman (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1623/2023).

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 98 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**2741. 2024/15**

**Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Anjushka Früh (SP) vom 17.01.2024: Stadtpolizei, statistische Erfassung der Einsätze mit Distanzmitteln**

Von Luca Maggi (Grüne) und Anjushka Früh (SP) ist am 17. Januar 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er den Einsatz von den Distanzmitteln Gummigeschosse, Wasserwerfer und Reizgas statistisch erfassen kann. Dabei sollen bei jedem Einsatz mindestens folgende Daten erfasst werden: a) Einsatzdatum b) Grund für Polizeieinsatz sowie Einsatzmittelwahl c) Anzahl und Art der eingesetzten Munition (inkl. Grösse und Gewicht) resp. Anzahl und Art eingesetzte Werfersysteme d) Anzahl Personen im Streufeld des Einsatzes e) eingehaltene Distanz f) Anzahl verletzte Personen und Art der Verletzungen g) Angabe, wie allfällig verletzte Personen ermittelt wurden h) Fazit des Einsatzes durch Einsatzleitung/ Kommando. Die Daten sollen einmal jährlich öffentlich zugänglich gemacht werden.

Begründung:

Der Einsatz von Gummigeschossen sowie anderen Distanzmitteln durch die Polizei wird in der Schweiz statistisch nicht erfasst. Auch die Stadtpolizei Zürich führt keine entsprechenden Daten, obwohl die Stadtpolizei

Distanzmittel jährlich mehrfach bei Polizeieinsätzen verwendet. Aufgrund dieses Umstandes können die Folgen eines Distanzmitteleinsatzes (insb. Gummischrot) nicht ausreichend evaluiert und auch die allgemeine Einsatzsystematik nicht analysiert werden. Auch über Anzahl und Art von Verletzungen, welche durch Distanzmittel verursacht werden, ist nur wenig bekannt. Stand heute sind seit 1980 über 30 Fälle von schweren Augenverletzungen durch Gummischrot dokumentiert resp. konnten durch eine Augenärztin aus Dokumenten rekonstruiert werden. Seit Jahrzehnten führt Gummischrot in der Schweiz also zu schweren Augenverletzungen (Quelle: <https://saez.swisshealthweb.ch/de/article/doi/saez.2023.21672>).

Es ist sowohl aus sicherheitspolitischer als auch medizinischer Sicht fragwürdig ein Einsatzmittel einzusetzen, dessen Folgen nur ungenügend dokumentiert und evaluiert sind. Stand heute ist deshalb stark anzuzweifeln, ob insbesondere Gummischroteinsätze überhaupt verhältnismässig abgewickelt werden können. Aus diesem Grund ist es angezeigt, diesbezügliche Daten systematisch und detailliert zu erfassen und öffentlich zugänglich zu machen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2742. 2024/16**

**Postulat von Rahel Habegger (SP), Leah Heuri (SP) und Marco Denoth (SP) vom 17.01.2024:  
Geschlechtergerechte und diversitätsbewusste Gestaltung der Verkehrssignalisation**

Von Rahel Habegger (SP), Leah Heuri (SP) und Marco Denoth (SP) ist am 17. Januar 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Verkehrssignalisation in der Stadt Zürich geschlechtergerecht und diversitätsbewusst gestaltet werden kann.

Begründung:

Bereits im Januar 2020 hat Genf als erste Schweizer Stadt die Hälfte der Fussgängerschilder mit dem «Mann mit Hut» ausgetauscht und an ihre Stelle Verkehrsschilder mit unterschiedlichsten Menschen darauf montiert. So sind in Genf beispielsweise eine ältere Frau mit Stock, eine Schwangere oder ein lesbisches Paar auf den Hinweisschildern dargestellt. Auch unsere Nachbarländer Österreich und Deutschland sowie Neuseeland und Finnland haben ihre Verkehrssignalisation diversitätsbewusst umgestaltet.

Um die Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum zu erhöhen, sollen künftig Verkehrsschilder gendergerecht gestaltet werden. In Zürich werden die Verkehrsschilder nach wie vor von Darstellungen von Männern dominiert. Dies ist bedauerlich, denn Bilder prägen unsere Vorstellung von der Welt. Aus diesem Grund soll die öffentliche Bildsprache auch geschlechtergerecht und diversitätsbewusst sein. Die ständig wiederkehrende Darstellung des «Mannes mit Hut» zementiert Geschlechterstereotypen und suggeriert indirekt, dass der öffentliche Raum vor allem den Männern gehört.

Mitteilung an den Stadtrat

**2743. 2024/17**

**Postulat von Sibylle Kauer (Grüne) und Deborah Wettstein (FDP) vom 17.01.2024:  
Realisierung eines grösseren Brunnens mit Erfrischungsmöglichkeit auf der vorderen Kasernenwiese**

Von Sibylle Kauer (Grüne) und Deborah Wettstein (FDP) ist am 17. Januar 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der Neugestaltung und Aufwertung der vorderen Kasernenwiese oder auch in einem separaten dazu passenden Projekt ein grösserer Brunnen mit Erfrischungsmöglichkeit an warmen Tagen für die Bevölkerung realisiert werden kann.



Begründung:

Die Hitzebelastung in der Stadt Zürich ist gerade mit der aktuellen Klimaänderung ein zentrales Thema in der Stadt und wird künftig noch an Gewichtung zunehmen. Neben mehr Grünraum und unversiegelten Flächen sind auch zusätzliche Wasserflächen eine wirkungsvolle Gegenmassnahme, die den Menschen auch insbesondere eine an Hitzetagen benötigte rasche Abkühlung bieten kann.

Die Kasernenwiese ist ein wichtiger Erholungsraum für im Quartier lebende oder arbeitende Personen und auch für Besucher:innen und in einem Quartier mit hoher Hitzebelastung wie hier, muss das Thema Abkühlung prioritär berücksichtigt werden. Die vordere Wiese wird in nächster Zeit umgestaltet und diese Gelegenheit sollte genutzt werden, um einen Brunnen mit Abkühlungsmöglichkeit für Kinder und Erwachsene zu realisieren und diesen Platz dadurch vielfältiger zu gestalten und die Begegnungs- und Aufenthaltsqualität zu stärken.

Das Projekt «Kasernenbadi», eine Pop-up Badi als Zwischennutzung auf der Kasernenwiese, wurde im Rahmen der ZKB-Jubiläumsdividende für Zürich als eines der unterstützten Projekte ausgewählt, konnte jedoch aufgrund der Komplexität und der vielen involvierten Stellen nicht innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens realisiert werden. Ein grosser Brunnen mit Erfrischungsmöglichkeit auf der Kasernenwiese kann die Idee des Projekts wenigstens teilweise aufnehmen und realisieren.

Mitteilung an den Stadtrat

Die drei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**2744. 2024/18**

**Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Përparim Avdili (FDP) vom 17.01.2024:**

**Winterreden im Zentrum Karl der Grosse, Beurteilung der Teilnahme- und Ausschlusskriterien für die Veranstaltungsrunde, thematische Auswahl der Reden, Sicherstellung der Diversität der politischen Einstellungen und Gründe für die Schliessung des Zentrums über die Feiertage sowie Haltung zu den Veranstaltungsrichtlinien betreffend Verwendung des Gendersterns**

Von Flurin Capaul (FDP) und Përparim Avdili (FDP) ist am 17. Januar 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Gemäss Homepage ist das Zentrum Karl der Grosse ein Debattierhaus mit Bistro. In Zusammenarbeit «mit engagierten Bürger\*innen, sowie Akteur\*innen aus Politik und Zivilgesellschaft» organisiere man Veranstaltungen zu drängenden gesellschaftlichen Fragen. Dabei achtet man bei der Zusammensetzung der Podiumsgäste an Diskussionsrunden und anderen Veranstaltungsformaten, auf Diversität.

Dem Zentrum Karl der Grosse sei es wichtig, dass eine Gleichbehandlung, ungeachtet von ethnischer und sozialer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, Staatsangehörigkeit, sexueller Ausrichtung oder politischer Einstellung herrscht. Das Themenspektrum der Veranstaltungen ist so breit, wie die gesellschaftliche und politische Vielfalt.

In den aktuell angekündigten Runde an Winterreden (eine «begehrte Plattform der Zürcher Stadtbevölkerung») treten zehn Personen auf – die gemäss Homepage nach folgenden Kriterien ausgewählt wurden (Bewerbungen für ein Redefenster):

1. Amtierende Gemeinderatspräsidentin
2. Du lebst in Zürich und hast eine Aufenthaltsbewilligung (Ausweis C).
3. Du lebst in Zürich und hast eine Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B).
4. Du lebst als Sans-Papiers in Zürich.
5. Du bist zwischen 33 und 41 Jahren alt, hast ein steuerbares Jahreseinkommen (Grundtarif) von 35'000 bis 55'000 Franken und lebst in Zürich.
6. Du lebst in Zürich und bist trans, nicht-binär oder intergeschlechtlich.
7. Du bist ledig, hast mindestens ein Kind und lebst in Zürich.
8. Du wohnst in Zürich in einer Wohnung mit mehr als 4 Zimmern, und dies seit mehr als 5 Jahren.
9. Du bist älter als 65 Jahre, bist Schweizer\*in, hast keine Kinder und lebst in Zürich.
10. Du bist nicht älter als 18 Jahre und lebst in Zürich.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ledige, kinderlose sowie verheiratete Schweizer Staatsbürger mit Kindern, deren steuerbares Jahreseinkommen mehr als 55'000 Franken beträgt (weniger als der städtische Medianlohn); die weder trans, nicht-binär noch intergeschlechtlich sind; die älter als 18 Jahre aber jünger als 65 Jahre alt sind; in einer Wohnung mit weniger wie 4 Zimmer wohnen und nicht dem Zürcher Gemeinderat vorstehen, werden durch die Kriterien nicht berücksichtigt. Wie viele Prozent der Stadtbevölkerung werden durch diese Kriterien ausgeschlossen?
2. Wie beurteilt der Stadtrat die Einhaltung des Gebots der Gleichbehandlung, wenn Teile der Bevölkerung grundsätzlich von der Teilnahme ausgeschlossen sind?
3. Wieso wird die Auswahl auf demographische Kriterien abgestützt? Widerspricht dies nicht dem eingangs erwähnten Anspruch des Zentrums Karl der Grosse, es sei ihm wichtig, dass eine Gleichbehandlung, ungeachtet von ethnischer und sozialer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, Staatsangehörigkeit, sexueller Ausrichtung oder politischer Einstellung herrscht?
4. Wie wird die Einhaltung dieser Kriterien geprüft? (Steuererklärung, Selbstdeklaration, Aufenthaltsbewilligung,...)
5. Wie findet die thematische Auswahl der Reden statt?
6. Welche gesellschaftspolitischen Fragen empfindet der Stadtrat als drängend? Und welchen diesen drängenden gesellschaftspolitischen Fragen lassen sich die 10 Reden jeweils zuordnen?
7. Sind alle Redner und Rednerinnen in der Stadt Zürich angemeldet (leben in Zürich)?
8. Wie wird die Diversität der politischen Einstellungen sichergestellt? Und wie wird dies geprüft? Falls es geprüft wird, wie wird dies verfassungskonform umgesetzt?
9. Wieso ist das Bistro, in der für das Gastgewerbe und Kulturhäuser wichtigen Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr, geschlossen?
10. In den Kommunikationsrichtlinien für Veranstaltungen (<https://cms.karldergrosse.ch/content/uploads/2023/09/2022-Anleitung-Kommunikationsrichtlinien.pdf>) steht «Achte auf die sprachliche Gleichberechtigung aller Geschlechter, indem du den Genderstern verwendest.». Wie lässt sich den Zwang zum Genderstern mit dem Gebot der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung vereinbaren? Werden Veranstaltungen, die NICHT den Genderstern verwenden zugelassen? Falls nicht, wieso nicht? Falls ja, wieso dann diese Richtlinie? Wie beurteilt der Stadtrat den Umstand, dass das Zentrum Karl der Grosse für Ihre Kunden und Kundinnen Sprachrichtlinien erlässt?

Mitteilung an den Stadtrat

#### 2745. 2024/19

**Schriftliche Anfrage von Nicolas Cavalli (GLP) und Snezana Blickenstorfer (GLP) vom 17.01.2024:**

**Entwicklungsstrategien für die innerstädtischen Gebiete, Überarbeitung der städteräumlichen Entwicklungsstrategie aus dem Jahr 2010, Teilstrategien für die Innenstadt, Veränderungen über die nächsten Dekaden, geplante Entwicklungsprojekte und Masterpläne sowie Sicherstellung einer zukunftsgerichteten und vorausschauenden städtebaulichen Veränderung**

Von Nicolas Cavalli (GLP) und Snezana Blickenstorfer (GLP) ist am 17. Januar 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, dass städtebaulich eine qualitative Entwicklung geschehen soll. Diese Aussage vertritt der Stadtrat jeweils, wenn er auf städtebauliche Fragen angesprochen wird. Sie ist im ureigensten Sinn der Gesellschaft. Zürich verändert sich stark und eine Strategie hinsichtlich Entwicklung ist wichtig. Die Art der Veränderung unterscheidet sich in den unterschiedlichen Stadtkreisen. In den Entwicklungsgebieten Nord und Süd sowie einzelnen Arealen sind Entwicklungsstrategien bekannt und nachvollziehbar. Zudem gibt es übergeordnete Zielsetzungen, wie beispielsweise den Fachplan Hitzeminderung. Für weite Teile im innerstädtischen Gebiet sind aber keine Entwicklungsstrategien bekannt. Die innere Stadt ist durch die bereits hohe Ausnutzung von verschiedenen Ansprüchen stark belastet, verändert sich jedoch nicht weniger und hat auch neuen Bedürfnissen gerecht zu werden. Deshalb ist eine langfristige stadtplanerische Strategie und aktive Planung eben gerade da enorm wichtig.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist eine Überarbeitung der städteräumlichen Entwicklungsstrategie aus dem Jahre 2010 vorgesehen?
2. Gibt es eine Teilstrategie/ein Zukunftskonzept hinsichtlich der Entwicklung der inneren Stadt (Kreise 1, 2, 3, 4 & 5 sowie die Quartiere Seefeld und Mühlebach)?
3. Sind entsprechende städtebauliche Leitbilder vorgesehen?
4. Wie werden sich diese Gebiete laut Stadtrat in den nächsten Dekaden verändern, hinsichtlich Wohnraum, Gewerbe, Infrastruktur, Mobilität, Energieversorgung, Demographie und sozialem Zusammenleben?
5. Welche Entwicklungsprojekte / Masterpläne sind aktuell vorhanden und geplant? Welche laufen bereits? Welche Analysen gibt es? Welche davon sind öffentlich? Welche nicht und wieso nicht?
6. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die städtebauliche Veränderung zukunftsgerichtet und vorausschauend ist und nicht reaktiv? Dies auch hinsichtlich der künftigen BZO Revision.

Mitteilung an den Stadtrat

## 2746. 2024/20

**Schriftliche Anfrage von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 17.01.2024:**

**Umsetzung des indirekten Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Stadtgrün», Auflistung der Massnahmen und der Institutionen, die Beiträge erhalten, Angaben zur Projektorganisation und den eingesetzten Ressourcen sowie Massnahmen zur Verhinderung von Öko-Vetternwirtschaft bei der Umsetzung**

Von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) ist am 17. Januar 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 3. September 2023 hat das Stimmvolk dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Stadtgrün» deutlich zugestimmt. Damit verbunden ist ein Rahmenkredit von 130 Millionen Franken für Massnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas. Der Rahmenkredit soll für hitzemindernde Massnahmen, Beratung und Förderung hitzemindernder Massnahmen bei Privaten, Hitzeminderung bei eigenwirtschaftlichen Betrieben und für Forschungsprojekte eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Für welche Massnahmen sollen die 130 Millionen Franken nun konkret eingesetzt werden? Wir erbitten eine strukturierte und umfassende Liste mit Angaben zu konkreten Projekten und den dafür vorgesehenen Beträgen.
2. Welche Institutionen, Vereine, Hochschulen, und andere Organisationen sollen für welche Projekte welche Beträge bekommen? Wir bitten um eine umfassende Aufstellung der Organisationen und Beträge.
3. Falls die Aufstellung in Frage 2 noch nicht erstellt werden kann, bitten wir um eine grobe geplante Zuordnung der 130 Millionen Franken aus dem Rahmenkredit auf die in der Einleitung erwähnten Kategorien (hitzemindernde Massnahmen, Beratung, Hitzeminderung bei eigenwirtschaftlichen Betrieben und Forschungsprojekte). Sind allenfalls noch andere Kategorien geplant?
4. Wer koordiniert die verschiedenen Projekte im Zusammenhang mit dem Rahmenkredit? Wir bitten um die genaue Angabe der Dienststelle und den Namen des Dienststellenleiters.
5. Wie viele Vollzeitstellen und welche Dienst- oder Fachstellen sind in der Stadt Zürich mit der Organisation und Koordination der Projekte, die aus dem Rahmenkredit finanziert werden, beschäftigt?
6. Aus welchen Budgets werden die Vollzeitstellen aus Frage 5 bezahlt? Wir bitten um eine Liste aller Vollzeitstellen und der Angabe, aus welchem Budget diese Vollzeitstelle bezahlt wird.
7. Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat, damit sichergestellt werden kann, dass keine Öko-Vetternwirtschaft entstehen kann? Werden die Projekte öffentlich ausgeschrieben? Nach welchen Standards wird ausgeschrieben? (siehe dazu auch das Postulat GR 2022/270).

Mitteilung an den Stadtrat

**2747. 2024/21****Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 17.01.2024:****Einbürgerungspraxis, Daten seit 2019 zu den Gesuchen, den vollzogenen Einbürgerungen, den Nationalitäten und den abgelehnten Gesuchen sowie Angaben zu den Deutschtests**

Von Martin Götzl (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) ist am 17. Januar 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich ist sehr bestrebt, Einbürgerungen vorzunehmen. Jedes Jahr wurden weit über 2000 Einbürgerungen vorgenommen. So wurden bspw. im Jahre 2017 auch 40'000 Briefe versendet, welche Ausländerinnen und Ausländer ermutigten, bis am 31. Dezember 2017 ein Einbürgerungsgesuch zu stellen, da dies ab 2018 schwieriger werden würde.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Einbürgerungsgesuche wurden in den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023 gestellt?
2. Wie viele Einbürgerungen wurden in den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023 vollzogen?
3. Wir bitten um eine detaillierte Auflistung aller Einbürgerungen von den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023, aufgeteilt nach Nationalität und damaligem Aufenthaltsstatus.
4. Wie viele Gesuche mussten abgelehnt werden? Aus welchen Gründen wurden diese abgelehnt? Wir bitten um eine detaillierte Auflistung der Gründe.
5. In insgesamt wie vielen Fällen wurden von der/dem Antragssteller/-in ein Gesuch eingereicht, den schriftlichen Deutschkenntnistest nicht absolvieren zu müssen?
6. Bei wie vielen Fällen wurde das Gesuch, den schriftlichen Deutschtest nicht ausführen zu müssen, bewilligt? Aus welchen Gründen?

Mitteilung an den Stadtrat

**K e n n t n i s n a h m e n****2748. 2023/478****Schriftliche Anfrage von Marco Denoth (SP) und Pascal Lamprecht (SP) vom 04.10.2023:****Arealentwicklung des «Josef-Areals», angestrebter Wohnanteil als Beitrag zum Drittelsziel, Realisierung von 600 gemeinnützigen Wohnungen mit den Planungsinstrumenten, Berücksichtigung der aktuellen und zukünftigen Hochhausrichtlinien sowie Massnahmen gegen eine allfällige Gentrifizierung des Gebiets und für ein sichtbares Quartierleben**

Marco Denoth (SP) zieht die Schriftliche Anfrage zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

**2749. 2023/467**

**Schriftliche Anfrage von Fanny de Weck (SP) und Hannah Locher (SP) vom 27.09.2023:**

**Ansätze für die Auslagen betreffend die auswärtige Verpflegung bei der Festlegung des betriebsrechtlichen Existenzminimums, Berechnung der Auslagen und angewandte Kriterien in den Betreibungskreisen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 89 vom 11. Januar 2024).

Nächste Sitzung: 24. Januar 2024, 17.00 Uhr